

Zoll

Geldwäscher zu wenig abkassiert?

● Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im vergangenen Jahr in 11 977 Ermittlungsverfahren vorläufig 497 Millionen Euro vermutlich illegal erworbenes Vermögen gesichert. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünenbundestagsfraktion zum Thema Mafia. Der Betrag ist nur rund ein Fünftel höher als der Durchschnittswert der vorherigen Jahre (417 Millionen Euro), obwohl es der Justiz seit Juli 2017 dank neuer Regelungen leichter möglich ist, Vermögen bei Verdächtigen abzuschöpfen. Die Grünenabgeordnete Irene Mihalic macht dafür die mangelhaf-

te Arbeit der Financial Intelligence Unit (FIU) des Zolls verantwortlich, die auch bei anderen Sicherheitsbehörden wie dem Thüringer Landeskriminalamt in der Kritik steht. »Der Fehlstart der FIU hat eine große Lücke in die Arbeit der Kriminalisten gerissen«, so die Innenexpertin. Viel Zeit sei verloren gegangen. »Solange das Geldwäscheproblem nicht richtig angegangen wird, fehlt ein entscheidender Hebel, um echte Schwerstkriminalität im Bereich der Organisierten Kriminalität zu bekämpfen.« Die Zahl der vom BKA gezählten mutmaßlichen Mafiamitglieder in Deutschland stieg leicht an: von 562 im Juni 2017 auf aktuell 585. Erstmals werden auch Mitglieder der Stidda gezählt, einer Gruppe, die sich von der Cosa Nostra abgespalten hat. Ihr sollen 34 Personen angehören. KNO

Europaparlament

Stunde der Wahrheit für Weber und Orbán

● Die Europäische Volkspartei EVP gerät unter Zugzwang, ihr Verhältnis zu Ungarns Regierungschef Viktor Orbán grundsätzlich zu klären. Anlass ist eine Abstimmung über einen Bericht des Innenausschusses im Europaparlament, der empfiehlt, gegen Ungarn ein sogenanntes Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags einzuleiten. Im Extremfall könnte Ungarn damit seine Stimmrechte in der EU verlieren. In dem Bericht weist die grüne Abgeordnete Judith Sargentini zahlreiche Verstöße Ungarns gegen rechtsstaatliche Prinzipien nach, etwa Orbáns NGO-Gesetze, mit denen er auch die Central European University des US-Milliardärs George Soros gängelt. Damit die nötige Zweidrittelmehrheit am Mittwoch in Straßburg erreicht wird, müssten auch viele Abgeordnete von der EVP zustimmen. Orbán hat sein Erscheinen angekündigt; seine

Partei Fidesz gehört zur EVP. Die Abstimmung wird zur Bewährungsprobe für EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU), der als Spitzenkandidat bei der Europawahl antreten will. Einerseits setzt Weber auf die Unterstützung Orbáns beim EVP-Nominierungsparteitag Anfang November in Helsinki. Andererseits kann er es sich kaum leisten, ihn weiterhin in den eigenen Reihen gewähren zu lassen. »Der Frust über Orbán ist bei uns riesig«, sagt die CDU-Europaparlamentarierin Sabine Verheyen. »Wenn der Bericht sachlich gut begründet ist, wird er in der EVP Unterstützer finden.« Auch Frank Engel, EVP-Abgeordneter aus Luxemburg, macht klar, dass er sich in der Frage keinem Fraktionszwang unterwerfen werde. Auf den Schritt, Orbáns Fidesz-Partei aus dem EVP-Parteienverband auszuscheiden, drängen zudem die EVP-Mitgliedsparteien in Luxemburg und den Niederlanden. Der österreichische EVP-Parlamentarier Ottmar Karas schlägt vor, die Mitgliedschaft von Fidesz ruhen zu lassen, wenn es zu einem Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn kommen sollte. MBE, MP



Weber, Orbán 2015 in Budapest

GroKo

SPD rügt Seehofer scharf

● Die SPD-Spitze sieht durch das Agieren von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Große Koalition gefährdet. »Seehofer wird zunehmend zur Belastung in dieser Koalition«, sagt SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil.

»Ständige Attacken gegen Merkel und ein Fanatismus in der Flüchtlingspolitik erschweren die Arbeit der Regierung aufs Neue. Das kann auf Dauer so nicht gut gehen.« Seehofer hatte die Migration als »Mutter aller politischen Probleme« bezeichnet und Verständnis für die Demonstranten in Chemnitz geäußert. Malu Dreyer, SPD-Vizevorsitzende und Regierungschefin von Rheinland-Pfalz, nennt Seehofers Aussagen »unverantwortlich« und warnt die Union davor, Rechtsextremismus gesellschaftsfähig zu machen. »Fakt ist: Gewaltbereite Demonstranten zogen durch die Straßen von Chemnitz, und Ausländerhass wurde nicht nur verbal skandiert, sondern Menschen wurden angegriffen«, so Dreyer. »Wenn die Union beginnt, das zu rechtfertigen, dann geht die Saat der Rechtsextremen aus Hass, Rassismus und Gewalt auf.« In der SPD herrscht Sorge vor Rufen aus den eigenen Reihen nach Ausstieg aus der GroKo. VME

Armut

Zehntausende Frauen ohne Wohnung

● Ein Drittel aller wohnungslosen Menschen in Deutschland ist weiblich. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkenfraktion hervor. Die Regierung stützt diese Einschätzung auf Zahlen aus den einzigen beiden Bundesländern, die überhaupt Statistiken erheben: Danach waren im Juni 2017 in Nordrhein-Westfalen 30,3 Prozent aller Wohnungslosen weiblich, insgesamt 9524 Frauen. In Bayern stammen die letzten Zahlen von 2014. Damals waren 1796 Wohnungslose weiblich, ein Anteil von 26,2 Prozent. Bundesweite Statistiken erhebt Deutschland anders als etwa Frankreich, Spanien, Italien oder Schweden nicht. Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zufolge sind bundesweit rund 100 000 Frauen wohnungslos. »Die Zahlen zeigen, dass die Vorstellung vom typischerweise männlichen Wohnungslosen dringend korrigiert werden muss«, sagt Cornelia Möhring, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken. ASE